

Griechenland-Krise spaltet die Europäer

1. Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. den aktuellen Stand der Finanzierungskrise Griechenlands erfassen.
2. die Diskussion innerhalb der Europäischen Union bzgl. eines gemeinsamen Rettungspaketes analysieren.
3. die Position der deutschen Bundesregierung sowie ihre Interessen und Argumente herausarbeiten und bewerten.

2. Aufgaben

1. *Fassen Sie den aktuellen Stand der Finanzkrise Griechenlands zusammen. Legen Sie dar, inwieweit sich die Einschätzung der Finanzkrise in den letzten Tagen noch einmal verändert hat.*
2. *Geben Sie die Hilfsforderung Griechenlands wieder (s. Anhang). Ermitteln Sie die Grundlage, auf der diese formuliert wurde.*
3. *Erschließen Sie sich die aktuelle Diskussion um ein gemeinsames Hilfspaket für Griechenland innerhalb der Europäischen Union (EU). Ermitteln Sie Befürworter und Gegner schneller Hilfsleistungen und geben Sie deren wesentliche Argumentationen wieder.*
4. *Verorten Sie insbesondere die Position der deutschen Bundesregierung in dieser Auseinandersetzung. Charakterisieren Sie ihre zentralen Interessen und Ziele.*
5. *Setzen Sie sich mit den Folgen einer weiteren Verschärfung der Finanzierungskrise bzw. eines staatlichen Bankrotts Griechenlands auseinander. Diskutieren Sie die hieraus resultierenden Folgen für das Land, Europa und Deutschland.*

Griechenland-Krise spaltet die Europäer

Der Ton gegenüber dem Schuldenstaat Griechenland wird rauer. Vor allem deutsche Spitzenpolitiker und Fondsmanager misstrauen der sozialistischen Regierung in Athen - und riskieren damit eine neue Spekulationswelle.

Griechenlands Finanzminister Giorgos Papakonstantinou hat derzeit den undankbarsten Job der Finanzwelt. Also redet er sich die Realität schön. Griechenland sei kein Fass ohne Boden, „natürlich nicht“, und Deutschland sei beim Hilfspaket für sein hochverschuldetes Land „voll mit an Bord“, sagte Papakonstantinou gestern in Washington. Das ist Wunschdenken. In der Bundesregierung gilt Papakonstantinou als Persona non grata, seit er am vergangenen Freitag in einem lapidaren Brief (siehe Schreiben im Anhang) um Milliardenhilfen gebeten hat. Das Hilfspaket für Griechenland hatten die Länder der Euro-Zone vor zwei Wochen vereinbart, um die gemeinsame Währung zu retten. Doch angesichts der jüngsten Statistiktricks in Griechenland und der Landtagswahl in NRW am 9. Mai rücken Kanzlerin Angela Merkel, Finanzminister Wolfgang Schäuble und Außenminister Guido Westerwelle von ihren Zusagen ab.

Merkel forderte als Voraussetzung für die Hilfe noch mehr Sparwillen: Athen müsse erst „ein glaubwürdiges Sparprogramm“ vorlegen, sagte sie am Wochenende. FDP-Chef Westerwelle warnte gestern auf seinem Parteitag: „Wir stellen keine Blankoschecks aus. Griechenland muss erst mal seine eigenen Hausaufgaben machen.“ Und Schäuble stellte gar infrage, ob Deutschland Griechenland überhaupt helfen werde: „Die Tatsache, dass weder die EU noch die Bundesregierung bisher eine Entscheidung getroffen haben, bedeutet: Sie kann positiv wie negativ ausfallen.“ Den Spitzenpolitikern springen Finanzprofis bei. Klaus Kaldemorgen, Deutschland-Chef des Fondsanbieters DWS, hält das Hilfspaket für unzureichend und riet Griechenland zu einem Kapitalschnitt. Anders könne das Land die Schuldenkrise nicht hinter sich lassen, sagte er. Es werde weitere Schuldenkrisen im Süden Europas geben, sagte Kaldemorgen: „Griechenland ist die Spitze des Eisbergs.“ In der Euro-Zone wächst die Sorge, dass die Deutschen mit ihrer neuen Zögerlichkeit eine weitere Spekulationswelle gegen Griechenland auslösen könnten. Die Märkte sind seit Wochen nervös. Die Zinsaufschläge für zweijährige griechische Anleihen stiegen zuletzt auf fast elf Prozent - so viel wie bei Entwicklungsländern wie Pakistan.

Auf der Frühjahrstagung des IWF in Washington waren die Deutschen mit ihrer gebremsten Hilfsbereitschaft isoliert. Auf die Frage, ob aus Deutschland genügend Unterstützung für die Griechen komme, sagte der britische Finanzminister Alastair Darling, „dass die Euro-Zonen-Länder die Verpflichtungen erfüllen müssen, denen sie bereits zugestimmt hatten“. Im Klartext: Kanzlerin Merkel solle sich endlich zu den gemeinsamen Beschlüssen bekennen. Kanadas Finanzminister Jim Flaherty warf der Bundesregierung zudem vor, mit ihrem Zögern den Wert des Euros zu gefährden: Der könne seine Kursgewinne vom Freitag heute wieder einbüßen, wenn es keine klareren Aussagen aus Deutschland gebe, sagte Flaherty.

Quelle: Riedel, D./Sigmund, T., Handelsblatt, Nr. 079, 26.04.2010, 1

George Papaconstantinou
Minister of Finance

Athens, 23rd April 2010

Mr Olli Rehn
Commissioner Economic
and Financial Affairs

Mr Jean-Claude Juncker
President of the
Eurogroup

Mr Jean-Claude Trichet
President European
Central Bank



Dear Sirs,
In accordance with the Statement of the
Heads of State and Government of 25 March
2010 to provide financial support to Greece,
when needed, and the follow up Statement of
the Eurogroup, Greece is hereby requesting
the activation of the support mechanism.

Sincerely,

George Papaconstantinou

nen
das
hin
we
Sü
de
Sp
So
re
te
Gr
D
v
jä
s
z
l
l
l

l
l
r
g
e
r
n-
o-
n-
h-
its
ie-
ahl
le-
ter
mi-
ih-
set-
dar-
ub-
rle-